

- Unterstützung und Förderung der Spionage der imperialistischen Geheimdienste, Insbesondere durch gezielte Ausschleusungen geheimdienstlich interessierender Personen;
- Forcierung der politisch-ideologischen Diversion und der psychologischen Kriegführung gegen die DDR, indem versuchte oder vollendete Straftaten des ungesetzlichen Terlassens der DDR agitatorisch und psychologisch raffiniert ausgewertet werden, wobei vor allem in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit der "Beweis" erbracht werden soll, daß das Leben für die Bürger in der DDR unzumutbar und daher die Bonner Alleinvertretungsanmaßung und letztlich die Einverleibung der DDR in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem " recht näßig" begründet sei;
- Diskriminierung der DDR im internationalen Maßstab, mit der die de-jure-Anerkennung der EDR durch weitere Staaten hinausgezögert werden soll;
- Organisierung und Schürung von Konflikten und Provokationen entlang der Staatsgrenze der DDR sowie an den Staatsgrenzen anderer sozialistischer Länder als Vorwände für bewaffnete Auseinandersetzungen bzw. zur Diskriminierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und der auf die Durchsetzung dieser Prinzipien gerichteten Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft;
- Auffüllung des eigenen Potentials an qualifizierten Fachkräften und Ausnutzung der noch vorhandenen Rückverbindungen für subversive Tätigkeit gegen die DDR in vielfältigen Formen.

Der mit dieser Zielstellung gegen die DDR betriebene Menschenhandel wird unter weitgehender Nutzung der "formierten" Potenzen der staatsmonopolistischen Gesellschaft durch ein System von staatlichen, halbstaatlichen und sonstigen Einrichtungen inspiriert, organisiert und geleitet. Diesem System gehören offizielle Bonner und Westberliner Staats- bzw. Senatsdienststellen an.

Der westdeutsche Bundestag erließ zur Förderung des Menschenhandels verschiedene Gesetze, u. a. im Jahre 1953 das sogenannte Bundesvertriebenengesetz. Nach dem 13. August 1961 hat das imperialistische System auf Initiative verschiedener Dienststellen und Einrichtungen, wie z. B. des "Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen", des "Kuratoriums